

Vorwort

Am 21. Januar 2020 beging der Jubilar und unser Lehrer Georg Ress seinen 85. Geburtstag. Ein Jahr später, rechtzeitig zum 86. Geburtstag, legen die Schülerinnen und Schüler dieses Sonderheft der ZEuS vor, mit Beiträgen, die im Rahmen des Festkolloquiums am Samstag, dem 18. Januar 2020 im Europa-Institut in Saarbrücken diskutiert worden waren. Die Beiträge behandeln aktuelle Themen an den Schnittstellen zwischen der Privatautonomie, den Grundrechten, dem Unionsrecht sowie dem Völkerrecht, insbesondere in den Bereichen Medien und Wirtschaft.

Zwischen den Vorträgen und deren Veröffentlichung in diesem Heft liegt ein wahrhaft bemerkenswertes Jahr. Die Welt ist nicht mehr die gleiche. Ein Virus hat den Menschen Grenzen aufgezeigt, rechtstaatlichkeits- und demokratiefeindliche Kräfte sind weltweit im Vormarsch. Das Coronavirus existierte schon im Januar 2020. Am 4. Januar 2020 hatte die WHO in den sozialen Medien von einem Cluster an Lungenentzündungen in Wuhan berichtet und einen Tag später eine „*Disease Outbreak News*“ kommuniziert. Ein Jahr später liegt die Zahl der bestätigten Infektionen bei über 90 Millionen (also mehr als die Gesamtbevölkerung Deutschlands) und sind über 2 Millionen Menschen am Coronavirus verstorben. Für die meisten Teilnehmer wird das Geburtstagskolloquium die vorerst letzte Live-Konferenz gewesen sein. Seither diktieren Lockdowns und andere Restriktionen die Nutzung von *Zoom*, *MS-Teams* und anderen Applikationen. Familien können sich nicht mehr sehen, sind isoliert. Auch unser Jubilar hat Teile des Jahres 2020 in „Sicherungsisolation“ in, allerdings schönster österreichischer Umgebung, zugebracht. In ähnlicher Weise war und ist es uns ergangen. Westaustralien „isolierte“ sich als Insel und ist bis jetzt wenigstens virusfrei und mehr oder weniger ohne Restriktionen mit Ausnahme der Schließung aller, auch der inneraustralischen Grenzen. Österreich als Binnenland in einem integrierten Binnenmarkt ist gezwungen, bei seinen Maßnahmen laufend zwischen Gesundheit einerseits sowie Freiheit und Wirtschaft andererseits abzuwagen. Wer nach Planbarkeit ruft, ist der Lage nicht gewachsen. Mit den anlaufenden Impfungen gibt es weltweit einen Hoffnungsschimmer. Dennoch wird es noch viele Monate oder gar Jahre dauern, bis die Menschheit das Coronavirus im Griff haben wird, wenn dies denn überhaupt möglich sein sollte.

Impfungen gegen die Bedrohungen der Rechtstaatlichkeit und Demokratie werden nicht verfügbar sein. Das Vereinigte Königreich entzog sich durch den Brexit der gemeinsamen europäischen Gerichtsbarkeit. Ungarn beschneidet die Meinungsfreiheit, indem es freundlich gesonnene Medien fördert, kritische Medien hingegen aufkauft oder juristisch verfolgen lässt. Kritiker aus der Zivilgesellschaft werden bedroht, die Wissenschafts-, Religions- und Versammlungsfreiheiten werden beschränkt. Polen legt die Hand an einen zentralen Pfeiler des Rechtsstaats: die Unabhängigkeit der Justiz von Weisungen der Regierung. Richter werden durch regierungstreue Kollegen kaltgestellt. Urteile des EuGH werden ignoriert. In Deutschland schleuste die AfD Randalierer ins Reichstagsgebäude ein, die auf den Fluren Abgeordnete und Minister

bedrängten. Das BVerfG schwingt sich zum Kontrolleur der europäischen Rechtsgemeinschaft auf. Ein Leuchtturm der Demokratie, die USA, wackelt und steht nahe an einem Bürgerkrieg. Um die Entscheidung des Volkes rückgängig zu machen und eine weitere Amtszeit für sich zu erzwingen, befeuerte der Präsident der USA selbst einen Sturm auf das Kapitol, der nichts weniger als ein Putschversuch des Präsidenten und eine Demontage der amerikanischen Demokratie war. Vergleiche zu den Entwicklungen in den Dreißigerjahren des letzten Jahrhunderts in Deutschland liegen auf der Hand.

Was wir derzeit nicht wissen und kaum absehen können, sind die langfristigen Auswirkungen dieser beiden Krisen. Die Geschehnisse haben direkte Konsequenzen auf alles, wofür der Jubilar und seine Schülerinnen und Schüler stehen. Im Systemwettstreit zwischen freiheitlichen-demokratischen, grundrechtsgebundenen Ordnungen und autokratisch-totalitären Herangehensweisen scheint „unser“ Leitbild ins Hintertreffen zu geraten. Die Europäische Union, das größte und bisher erfolgreichste Experiment der Installation eines auf der *Rule of Law* gegründeten Gemeinwesens, steht unter Druck. Das Coronavirus hat den Befürwortern nationaler Wagenburgmentalitäten sicherlich nicht geschadet. Die Polarisierung unserer Gesellschaften spielt in die Hände derer, die den Ideen, die den Jubilar und seine Schülerinnen und Schüler vereinen, diametral gegenüberstehen. Die wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen der Pandemie drohen, all dies eher zu verstärken, als zu moderieren.

Es war dies das sechste Geburtstagskolloquium für den Jubilar, an dem wir beteiligt waren. Der Ausblick auf die nächsten fünf Jahre war auch bei den vormaligen Kolloquien nicht völlig ungetrübt. Nationalisten und andere Feinde von Rechtstaat und Demokratie gab es auch schon früher. Dennoch ist es dieses Mal schwerer, optimistisch-forsch in die nächsten fünf Jahre zu blicken. „Unser“ Leitbild befindet sich in einer Rechtfertigungssituation. Rationale Argumente werden kaum mehr gehört. Die Überzeugungslast liegt klar auf „unserer“ Seite. Nun ist es unsere gemeinsame Aufgabe als Schülerinnen und Schüler des Jubilars, Strategien zu entwickeln und umzusetzen sowie Chancen zu erkennen und zu nutzen, damit „unser“ Leitbild der Rechtsstaatlichkeit in dieser Konfliktsituation die Oberhand behält.

Nicht zum ersten Mal kommt eine Mitarbeitersitzung am Lehrstuhl des Jubilars in den 90er-Jahren in Erinnerung. Es sah gerade nicht sonderlich gut aus für die europäische Idee. Das Lamento über diesen Zustand wurde vom Jubilar mit den festen Worten unterbrochen und beendet: „Herr Bröhmer, wir werden gewinnen.“

Jürgen Bröhmer

Stefan Weber